

Der Stadtrat der Stadt Tübingen fasst folgenden Grundsatzbeschluss und wird diesen Grundsatzbeschluss auch den Aufsichtsräten von GWG und WIT zur Beschlussfassung vorlegen:

1. Ähnlich wie in Freiburg finden in Tübingen keine Mieterhöhungen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bis 2012 statt, weder im geförderten noch im frei finanzierten Mietbestand. Bei renovierten Wohnungen bleibt die Stadt 3 Euro pro Quadratmeter unter den neuen Mietobergrenzen der Stufe VI.
2. Ähnlich wie in Freiburg fordert der Tübinger Stadtrat in einer Resolution, dass im Bundestag der § 558 so verändert wird, dass für einen Mietspiegel und dessen Fortschreibung alle Mietverhältnisse und nicht nur die Neuverträge und Mieterhöhungsfälle einbezogen werden und damit verhindert wird, dass aus einem Mietspiegel ein automatischer Mieterhöhungsspiegel wird.
3. Die Stadt Tübingen wird bei Wohnungsbauprojekten der GWG darauf achten und bei der Kreisbau-Gesellschaft darauf hinwirken, dass mindestens 1/3 des Wohnungsbaus als öffentlich geförderter Wohnungsbau stattfindet.
3. Die Stadt Tübingen legt wird über städtebauliche Verträge fest, dass bis zu 30 % des privaten Wohnungsbaus als öffentlich geförderter Wohnungsbau stattfinden.
4. Die Repräsentanten der Stadt in der ARGE sorgen dafür, dass die neuen Mietobergrenzen der Stufe 6 bei Hartz-IV-Beziehern berücksichtigt werden, ohne dass sie im Einzelfall eine automatische Obergrenze darzustellen. Der Tübinger Stadtrat fordert auch die anderen Beteiligten der ARGE (Kreis, Bundesarbeitsministerium) auf, so zu verfahren.

Begründung:

1. Wohnraumbericht der Stadt Tübingen.
2. Programme und Wahlplakate aller im Stadtrat vertretenen Parteien und Gruppierungen.

14. Mai 2009
Die Fraktion der Linken